

Die Tagungsteilnehmer am Bundestreffen des Zusammenschluss „Gegen Gasbohren“ am 20./21.02.2016 in Osnabrück



Offener Brief an die Abgeordneten des Bundestages und die Mitglieder der Bundesregierung in Berlin

Betr. BGR-Studie zeigt auf, dass Gas- und Ölvorräte volkswirtschaftlich unbedeutend sind

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

wir haben als Zusammenschluss von 68 Bürgerinitiativen gegen Fracking und Gasbohren in der zurückliegenden Zeit immer wieder nachdrücklich auf die Risiken dieser Technik für Gesundheit, Natur und Umwelt hingewiesen. Nun zeigt die im Januar 2016 von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) vorgelegte Neubewertung der Vorräte an Kohlenwasserstoffen in Deutschland, dass Fracking nicht nur aufgrund der damit verbundenen Risiken unzulässig, sondern auch volkswirtschaftlich sinnlos ist – wir verfügen gar nicht über nennenswerte Vorräte.

Die BGR hat wiederholt Schätzungen vorgelegt, wieviel Kohlenwasserstoffe aus den sogenannten unkonventionellen Lagerstätten gefördert werden können. Im Vergleich zu den letzten Schätzungen aus dem Jahr 2012 fallen die neuen Zahlen um die Hälfte geringer aus. Die aktuelle Prognose bewertet das „in-place“-Vorkommen mit 6,5 Billionen m³. Vor vier Jahren erwartete die BGR noch doppelt so viel (13 Billionen m³). Die von der BGR zusätzlich ermittelten Lagerstätten in Tiefen zwischen 500 und 1000 Meter sind als Täuschungsmanöver anzusehen, da in diesen Tiefen die Gefahren für das Trinkwasser so groß werden, dass sich eine Förderung von vornherein verbietet.

Die geschätzte und voraussichtlich förderbare Gasmenge ist viel zu gering, als dass damit eine wirtschaftlich lohnende und versorgungstechnische bedeutsame Gas- und Ölförderung zu realisieren wäre. Jeder Versuch dazu würde Steuergelder vergeuden. Das beharrliche Schönreden der Fracking-Technik in der BGR-Studie empört den kundigen Leser.

Quelle:

http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/Abschlussbericht_13MB_Schieferoelgaspotenzial_Deutschland_2016.pdf?__blob_publicationFile&v=5

Daneben bestehen die zahlreichen Vorbehalte gegen die Förderung von Erdgas und Erdöl fort:

Die Entsorgung des giftigen Lagerstättenwassers sorgt weiterhin für unvorhersehbare Umweltbelastungen und Gesundheitsgefährdungen. Erdbeben rufen weiterhin Schäden an Gebäuden und Infrastruktur hervor. Die versprochene Beweislastumkehr bleibt hohle Floskel – die Aufzählung lässt sich mühelos fortsetzen.

Zudem ist nach der von der Bundesrepublik ratifizierten Aarhus-Konvention eine strategische Umweltprüfung (SUP) durchzuführen, da Fracking zweifelsohne erhebliche Umweltauswirkungen auslöst. Die Unterlassung der SUP bedeutet erneut, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen bleibt – wie generell beim Pro-Fracking-Recht zu verzeichnen ist.

Nicht zuletzt sind Erdöl und -gas als fossile Energieträger eine Behinderung der Energiewende und der Klimaziele von Paris. Sie sind nicht geeignet, Probleme zu lösen, sondern sind Teil des Problems.

Wir fordern Sie nachdrücklich auf, nach den jüngsten Herabstufungen der Potenzialabschätzung um 50 % der Schönfärberei ein Ende zu bereiten. Es geht nicht um ein Trostpflaster hier oder da. Die Bevölkerung und die Umwelt können nur geschützt werden, wenn Fracking ohne Wenn und Aber verboten wird. Dazu reicht eine geringfügige Veränderung des Bergrechts. Wer dazu weiterhin nicht bereit ist, muss darauf gefasst sein,

dass die Bevölkerung unter tatkräftiger Unterstützung der bundesweit vernetzten Bürgerinitiativen darauf reagiert. Den Fracking-Parteien werden die Bürger in Landtags- und Kommunalwahlen die Stimmen verweigern. Die Unruhe auf den Straßen wird zunehmen – mit Menschen (kürzlich 250.000 in Berlin gegen TTIP), Transparenten und Treckern. Wir wünschen uns konstruktive Arbeit an der Energiewende. Wir sind bereit zum Widerstand, wenn diese ausgebremst wird.

Mit freundlichen Grüßen

für die Tagungsteilnehmer des Bundestreffens
Volker Fritz

Tagungsteilnehmer des Bundestreffens

AG Fracking der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.	29439 Lüchow
AK Fracking Braunschweiger Land	38300 Braunschweig
BBU Bonn	53173 Bonn
BIST Witten	58456 Witten
Berliner Wassertisch c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.	10405 Berlin
BI Frack-loses Gasbohren im LK Rotenburg/Wümme	27367 Böttersen
BI Flecken Langwedel gegen Gasbohren	27299 Langwedel
BI Gegen Gasbohren Kleve	47533 Kleve
Bürgerinitiative Bergbaubetroffener am Niederrhein (BiB)	46562 Voerde
Gemeinnütziger Umweltschutzverein pro grün e.V.	33100 Paderborn
IG Fracking-freies Artland e.V.	49610 Quakenbrück
Rees gegen Gasbohren e.V.	46459 Rees
IG Schönes Lünne	48480 Lünne
BI Kein CO ₂ -Endlager e.V.	24326 Nehnten
Kein-frack-in-wf	38162 Cremlingen
BI Kein Fracking in der Heide	21244 Buchholz
BUND-Arbeitsgemeinschaft Wir gegen Fracking	21935 Lüneburg

mitzeichnende Initiativen, Vereine und Verbände

Aarhus Konvention Initiative	95615 Marktredwitz
Abgefrackt-Bündnis Weidener Becken gegen Fracking	92637 Weiden/Oberpfalz
Bezirkskonferenz Naturschutz im Regierungsbezirk Detmold	32756 Detmold
BI Gegen Gasbohren in Walle	27283 Verden
BI RoteHand Thedinghausen/Achim	27321 Thedinghausen
BI frackingfreies Auenland, S-H	25364 Brande
BI gegen atomare Anlagen Weiden-Neustadt	92702 Weiden/Kohlberg
BI Intschede Wesermarsch ohne Bohrtürme	27337 Intschede
BI No-Fracking im Erdgasfeld Völkersen	27299 Langwedel
Fracking Freies Hessen n.e.V.	34121 Kassel
GENUK e.V., gemeinnütziges Netzwerk für Umweltkranke	22049 Hamburg
Grüne-Fichtelgebirge KV Wunsiedel	95615 Marktredwitz
IG gegen Fracking in SH	25927 Aventoft
Initiative gegen Gasbohren im Tecklenburger Land	49477 Ibbenbüren
„No Fracking“ Bodensee-Oberschwaben	88630 Pfullendorf
IG Pro Lebensraum Großenlüder e.V.	36137 Großenlüder
UBI Salzhausen	21376 Salzhausen
BI saubere Umwelt und Energie Altmark hat	39633 Gardelegen